

Rede Landesparteitag 2016 – Heidi Scharf

Liebe Genossinnen und Genossen,

nachdem sich bundesweit und landesweit die politische Entwicklung der Parteienlandschaft hin zur Mitte bis Rechts zeigt, ist es für uns wichtiger denn je eine fortschrittliche, antirassistische und linke Politik zu machen.

Dabei reicht es nicht aus nur die AfD und ihre Anhängsel zu bekämpfen. Sondern wir müssen aufzeigen wo reaktionäres, ewig gestriges Denken vorherrscht.

Lasst mich nur ein Beispiel sagen: Die AfD hat vorgeschlagen das Renteneintrittsalter entsprechend der Lebenserwartung nach oben zu setzen. Also wenn die Lebenserwartung um 1 Jhr steigt, dann kann erst ein Jahr später in Rente gegangen werden. In dieser Woche hat Finanzminister Schäuble (CDU) den absolut gleichen Vorschlag gemacht. Lt. Der Zeitschrift Finanztest 07/2016 erreichen jedoch 55 % aller Menschen das reguläre Rentenalter gar nicht mehr.

Wir müssen aufzeigen welche Politik den Menschen schadet und welche Politik und welche Gesellschaft für die Menschen positiv wäre.

Wir müssen aufzeigen warum im kapitalistischen Wirtschaftssystem die einen immer reicher und die anderen immer ärmer werden

Und wir müssen eine Vorstellung von einer besseren Gesellschaft haben.

Liebe Genossinnen und Genossen,

auch und gerade in Baden-Württemberg, in diesem reichen Bundesland gibt es reichlich Armut. Auch hier werden Kindern die gleichen Bildungschancen vorenthalten. Auch hier sind bis zu 30 % der neubesetzten Arbeitsplätze im Bereich prekärer Arbeit angesiedelt.

Und unsere Kampagne „Das muss drin sein“ setzt genau dort an.

Leiharbeit und Werkverträge müssen gestoppt werden. Die Menschen brauchen ein Einkommen, das oberhalb der Pfändungsgrenze liegt und das sind nicht 8,50 Euro Mindestlohn. Dieser müsste auf 12 Euro erhöht werden um ein Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen. Vermutlich wird sich die Kommission und Bundesregierung aber mit 30-40 Cent mehr begnügen und damit weiterhin Armut in unserem Land zementieren.

Seit Anfang der 80er Jahre ist die Lohnquote im Trend zurückgegangen. Seit der Agenda 2010 hat es noch einen weiteren Trend nach unten gegeben.

In den Jahren 2002 bis 2012 sind z.B. die Einkommen aus Vermögen um 50 % gestiegen, die Arbeitnehmer-Entgelte nur um 21,7 %. Das heißt die Lohnquote = Anteil der Arbeitnehmerentgelte an der Bruttowertschöpfung aller Produkte und Dienstleistungen) ist von über 60 % auf fast 57 % gesunken.

Damit einher geht steigende Armut. Armut bedeutet Ausgrenzung und fehlende gesellschaftliche Teilhabe.

Die absolut abgehängten sind dabei vor allem Alleinerziehende Mütter mit ihren Kindern.

2014 lebten in BaWü 1,6 Mio Menschen in Armut oder waren armutsgefährdet. Das sind 14,7 % der Bevölkerung. Das höchste Armutsrisiko haben Kinder unter 18 (17,9 %) und 18-25 Jährige (22,6 %). Gefolgt von den über 65 Jährigen (17,1 %) davon überwiegend Frauen.

Über die Hälfte aller Erwerbslosen ist von Einkommensarmut bedroht. Dabei stellen geringqualifizierte Personen den höchsten Anteil 27,6 %.

Über 420 000 Personen beziehen Grundsicherung (Hartz IV), das sind 5 % der Bevölkerung, davon 38,4 % länger als 4 Jahre.

Ca. 71300 Haushalte beziehen Wohngeld, davon über die Hälfte alleinstehende Frauen.

Ganz zu schweigen von der verdeckten Armut, das betrifft Menschen, die sich schämen zum Amt zu gehen oder auch nicht wissen, dass sie überhaupt Anspruch haben.

Gerade wegen dieser Entwicklungen treten wir dafür ein,

- dass das Hartz IV-System abgeschafft und stattdessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung eingeführt wird
- dass eine Mindestrente in Höhe von 1050 Euro eingeführt wird
- dass alle Kinder die gleichen Bildungschancen erhalten und unser Schulsystem dem angepasst wird.
- dass gesellschaftlich notwendige Arbeit besser bezahlt wird (Dienst am Menschen) und dass es vor allem mehr Personal in der Bildung, im Gesundheitswesen und der Pflege gibt
- dass Befristungen nicht ohne Sachgrund sein dürfen (Schwangerschaftsvertretung/Langzeitkranke)
- dass Mini- und MidijobberInnen dem gesamten Sozialversicherungssystem unterliegen
- dass Wohnraum und Energie bezahlbar werden
- dass Arbeit umverteilt wird (der direkte und indirekte Zwang zum Minijob oder Teilzeit muss beendet werden und diejenigen, die unter Dauerstress und langen Arbeitszeiten, unter Flexibilisierung und Schichtarbeit leiden müssen dringend entlastet werden.
- dass das Steuersystem verändert wird indem die Superreichen auf ihr Vermögen höhere Steuern bezahlen müssen und die unteren und mittleren Einkommensgruppen entlastet werden.

Gerade in einem reichen Land wie unserem, in dem das obere 1 Prozent der Superreichen fast ein Drittel des gesamten Privatvermögens besitzt muss das drin sein!

Unser Landtagswahlkampf hat genau da angesetzt. Unsere Themen waren genau richtig.

Aber es gab auch jede Menge Schwierigkeiten im Wahlkampf.

Wir hatten Probleme in manchen Landkreisen Kandidatinnen und Kandidaten zu finden

Wir hatten Schwächen im ländlichen Bereichen

Wir mussten relativ lange viel Personal einsetzen um die Unterschriften zu sammeln, so dass der Plan einen guten Vorwahlkampf zu machen oft nicht umgesetzt werden konnte.

Und wir müssen uns eingestehen, dass unsere – wie ich meine - richtigen Themenschwerpunkte trotz der sichtbaren sozialen Missstände, die ich ja vorher zumindest am Thema Armutsgefährdung aufgezeigt habe, nicht dazu geführt haben uns genug Stimmen zu bringen. Wir sind erneut nicht im Landtag vertreten. Aber wir lassen uns davon nicht entmutigen.

Der AfD gelang mit rassistische Propaganda und Sündenbockpolitik der Einzug in den Landtag. Mit einfachsten Parolen ohne jegliche programmatische Grundlage wurden sie von vielen gewählt – auch von ehemaligen LINKEN-Wählern.

Wir werden uns mit deren Inhalten auseinandersetzen, aufzeigen welche Ideologie dahintersteckt und wir werden immer wieder deutlich machen welche Partei dies ist, welche rückwärtsgewandten Positionen sie hat und dass sie rassistisch, frauenfeindlich und letztendlich auch demokratiefeindlich ist. Wer Nazis in seinen Strukturen tolleriert hat aus der Geschichte nichts gelernt oder will diese Richtung vorantreiben.

Wir LINKE müssen neue, für die Menschen attraktive Formen der politischen Auseinandersetzung finden in Verbindung mit gesellschaftlichen Bündnissen

- gegen Rechts
- zur Durchsetzung sozialer Rechte und Mindeststandard für alle
- für sozialen Wohnungsbau und gegen Mietpreiserhöhungen
- für eine Umverteilung von oben nach unten

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die Grünen konnten – dank Kretschmann – erneut punkten obwohl sie in der Asylfrage der sicheren Drittstaaten eine Abschiebepolitik forciert haben und obwohl sie oder gerade weil sie in die politische Mitte gerückt sind. Damit konnten sie von der CDU WählerInnen überziehen.

Wenn man bedenkt in welchem Zustand die SPD in den und aus dem Wahlkampf ging hätte man hoffen können, die Stimmen wachsen uns zu, aber wir konnten von der historischen Niederlage der SPD nicht profitieren.

Liebe Genossinnen und Genossen,

über „Die Wahlkampfstrategie war falsch“, „Die Plakate waren nicht gut“, „das Wahlkampfbüro hat nicht optimal gearbeitet“ „wir sind zu spät in die Puschchen gekommen usw. kann berechtigt sein oder auch nicht, je nach Perspektive. Es gab Störfeuer, es gab Unmut, aber es gab auch die andere Seite. Das alles wollen wir aufarbeiten, dazu wird der Landesausschuss noch einen Vorschlag unterbreiten. Hierzu sollen auch alle KVen einbezogen werden.

Liebe Genossinnen und Genossen,

es gab viele engagierte, mutige Mitglieder und Sympathisanten, die einen hervorragenden Wahlkampf gemacht haben, die viele, auch persönliche Gespräche von Haustür zu Haustür geführt haben, die Briefkastenaktionen, pfiffige Straßenaktionen usw. usf. gemacht haben.

Es lohnt sich dazu den Bericht vom Hallschlag zu lesen.

Bei ihnen und denen die kandidiert haben und viele Podiumsdiskussionen bestritten haben möchten wir uns ganz herzlich bedanken.

Macht weiter so und lasst euch nicht entmutigen. Es lohnt sich diese Auseinandersetzung auch weiterhin zu führen.

In letzten und in diesem Jahr sind uns Mitglieder zugewachsen und erfreulich ist, dass es insbesondere junge Menschen sind, die zu uns kommen. Die müssen wir auffangen, die wollen nicht nur zahlendes Mitglied sein, die wollen was tun. Da muss es Angebote vor allem vor Ort geben. Das könnt ihr alle unabhängig von anderen KVen oder dem Land vorwärtsbringen. Also packt es an.

Die nächsten Wahlen stehen schon bevor. Umso notwendiger ist es vorher mit unseren Mitgliedern Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen, in einer ruhigeren Zeit Direktgespräche vorzubereiten, Aktionen zu planen. Alles was wir mit der nötigen Ruhe jetzt schon machen können erleichtert uns im nächsten Jahr die Arbeit.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich einen Blick auf einen Teil unserer zukünftigen Aufgaben und unsere Aktivitäten richten.

Wir werden – auch wenn wir nicht im Landtag sitzen – in der außerparlamentarischen Oppositionsrolle bleiben. Opposition ist notwendig, konkrete Durchsetzung und Umsetzung aber auch. Wir werden nicht aufgeben, wir werden weiter Politik machen und für unsere Überzeugungen und Themen kämpfen.

Wer wenn nicht wir wird denn den Finger in die Wunde legen. Wer wird sich denn sonst konsequent mit der Politik von Grün-Schwarz auseinandersetzen?

Wir stehen noch am Anfang unserer Analyse zum Koalitionsvertrag und wollen aufzeigen wo Wahlversprechen und reale Landespolitik auseinanderklaffen. Wir sagen was dies alles für die Menschen in BaWü bedeutet und wir werden unsere Positionen und Forderungen dazu öffentlich machen.

Um eine wirklich gute und umfassende Analyse zu machen war bisher die Zeit zu kurz aber einige erste Punkte zu kann ich ansprechen.

Leitmotiv ist:

Die Schuldenbremse hat oberste Priorität und ist die Rahmenbedingung für alle Maßnahmen

- Zentrale Aussagen im Vorwort und Kapitel I ist: „Wir werden die Vorrangigkeit dieser Zukunftsaufgaben am grundgesetzlich vorgeschriebenen Schuldenverbot ab dem Haushaltsjahr 2020 messen und entsprechende Prioritäten bilden. [...] Für alle finanzwirksamen Maßnahmen gilt ein Haushaltsvorbehalt. Die Koalition verpflichtet sich, strukturelle Einsparungen in Höhe von rund 1,8 Milliarden Euro in der Endstufe bis 2020 zu realisieren. Diese werden im Zuge der Haushaltsaufstellungen sowie der damit einhergehenden Mittelfristigen Finanzplanungen quantifiziert und mit verbindlich einzuhaltenden Maßnahmen unterlegt. Wir wollen die Schuldenbremse in der Landesverfassung verankern.“

Die zu kürzenden 1,8 Milliarden Euro entsprechen rund vier Prozent des Landeshaushaltes.

- Maßnahmen zu Stärkung der Einnahmeseite, wie eine vernünftige Ausgestaltung der Erbschaftssteuer oder die Wiederinkraftsetzung der Vermögenssteuer, finden sich im Koalitionsvertrag nicht obwohl es im Wahlprogramm der Grünen noch eine Forderung nach gerechter Besteuerung von großen Vermögen und Erbschaftssteuer gab.
- Eine erste Verschlechterung wird im Koalitionsvertrag auch gleich benannt: das Vergaberecht soll „vereinfacht“ werden sowie die Subunternehmerhaftung im Tariftreue- und Mindestlohngesetz in Frage gestellt werden. Und auch das Bildungszeitgesetz soll im Sinne der Arbeitgeber überprüft werden.
- Der Koalitionsvertrag unterstützt die Energiewende aber unter der Prämisse der Wettbewerbsneutralität.
- Die GEW zieht das Fazit im Bildungsbereich: „Dem Koa-Vertrag fehlt eine klare Vision für die Weiterentwicklung des Bildungsbereiches. Er ähnelt in vielen Bereiche eher einem Formelkompromiss bzw. einem Pakt, sich nicht gegenseitig wehtun zu wollen. In der Konsequenz bedeutet dies auch, dass alle Widersprüche, ungeklärten Fragen, Probleme des Umbaus ebenfalls fortgesetzt werden. In bestimmten Bereichen stehen die Zeichen eher auf Stillstand (frühkindliche Bildung). „
- Auch zum Thema Flüchtlinge und Integration bleibt der Koa-Vertrag weit hinter einer guten, zielführenden Verpflichtung zurück.

Die baden-württembergische Flüchtlingspolitik soll nach dem Wortlaut des vorläufigen Koalitionsvertrags in Zukunft „offenherzig und realistisch“ sein.

Darunter verstehen sie offensichtlich eine „Sachleistungskarte“ in Erstaufnahmeeinrichtungen. Diese wird monatlich mit dem „Taschengeld“ aufgeladen. Die Nutzung soll räumlich beschränkt werden und die Auszahlung von Barbeträgen nicht möglich sein. Geflüchteten Menschen soll es in Zukunft nicht einmal mehr möglich sein angespartes Geld am Monatsende auf den nächsten Monat zu übertragen.

Falls sich die „Sachleistungskarte“ nach der Definition der Landesregierung bewähren sollte, steht sogar der Gedanke im Raum sie auch in Stadt- und Landkreisen wieder einzuführen. Meine Anmerkung: was hat das mit offenherzig und realistisch zu tun. Sachleistungen gab es schon mal und wurde abgeschafft, da es der Realität und den Bedürfnissen der Flüchtlinge/AsylbewerberInnen nicht entsprochen hat.

Das „systematische Rückführungsmangement“ gehört nach Meinung von CDU und GRÜNEN zum „verantwortungsvollen Umgang mit der Flüchtlingskrise“. Dieses Management soll auch in Zukunft fortgeführt und durch Abbau von Hindernissen weiter verstärkt werden. Eine Vielzahl von Abschiebungen ist weiterhin zu erwarten.

Weiter: die Landesregierung strebt auch ein System der „Integrationsverpflichtung“ an. Und das obwohl viele wissenschaftlichen Erkenntnisse dem entgegenstehen. Sie begrüßen das System des „Fördern und Fordern“ im geplanten Integrationsgesetz des Bundes und wollen an einem baden-württembergischen Gesetz arbeiten. An mehreren Stellen werden Zugewanderte aufgefordert „unsere Werte“ durch „klare Regeln“ anzuerkennen.

Eine kleine Verbesserung soll es für allein reisende Frauen geben. Sie sollen - wenn möglich - in gesonderte Aufnahmeeinrichtungen untergebracht werden.

Bei Ausbildung und Arbeit_will die Landesregierung einen „Ausbildungs- und Arbeitspakt“ mit Arbeitgebern und Gewerkschaften zur „Integration von Flüchtlingen mit guter Bleibeperspektive in qualifizierte Arbeit“ schaffen.

- Beim Wohnungsbau bleibt es bei Lippenbekenntnissen.

Keine konkreten Zahlen und Fakten.

- Einzig bei der Aufstockung der Polizei wurde eine konkrete Zahl genannt (1500 neue Stellen)
- Zu mehr gerechter Beteiligung bei Wahlen will der Landtag erreichen, dass die Baden-Württembergische Gesellschaft künftig in ihrer ganzen Breite besser abbildet ist. Daher will die Landesregierung ein Personalisiertes Verhältniswahlrecht mit einer geschlossenen Landesliste einführen. Darüber wollen sie mit den im Landtag vertretenden Parteien in Gespräche eintreten. Na immerhin Gespräche sollen dazu geführt werden.

Alle formulierten Ziele im Koalitionsvertrag sind damit nicht viel mehr als ein Lippenbekenntnis, da die Schuldenbremse den Geldzufluss für echte Maßnahmen weitestgehend hemmt und 1,8 Mrd. eingespart werden sollen.

Aber auch bei Dingen, die wenig bis gar nichts kosten geht es nur um wollen und sollen. Nur nicht festlegen ist die Devise.

Zum Thema „Menschen mit Behinderung“ schreiben sie:

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ein barrierefreies Gemeinwesen, selbstbestimmtes Wohnen und die Teilhabe am Arbeitsleben und das Recht auf lebenslanges Lernen sind uns wichtig. Der Barrierefreiheit kommt eine besondere Bedeutung zu, deswegen werden wir ein Landeskompetenzzentrum einrichten, welches Kommunen und freie Träger dabei unterstützen wird, Barrierefreiheit bei Einrichtungen und Gebäuden, Straßen, Plätzen und im Öffentlichen Verkehr zu realisieren. Das ist gut, aber vor allem braucht es finanzielle Unterstützung. Da steht nichts zu drin..

Wir wollen das selbstständige Wohnen von Menschen mit allen Formen von Hilfebedarfen weiter voranbringen. Unternehmen werden wir verstärkt dabei begleiten, inklusive Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen. Dazu werden wir den Dialog mit den Arbeitgebern suchen.“

Es bleibt alles im Wollen, kaum konkrete und schon gar keine finanzielle Zusagen.

Zu einer Weiterführung z.B. des NSU-Ausschusses gibt es gar keine Aussage.

Fazit: ohne unsere Opposition von unten ändert sich nichts im Land.

Ohne breite Bündnisse auch nicht.

Diese wollen wir schmieden zu den verschiedensten Themen vor Ort und landesweit.

Wir werden ein breites Bildungsangebot an unsere Mitglieder machen, wir werden regionale Angebote unterbreiten, wir werden die Landtagswahl gemeinsam mit euch genau aufarbeiten und wir werden die Zukunft gemeinsam gestalten.

Also vorwärts mit Mut und Offenheit, mit pfiffigen Ideen, mit konkreten Ansprachekonzepten direkt die Menschen dort ansprechen wo sie arbeiten und leben. Hören wo der Schuh drückt, Angebote zum mit machen bieten, sich um die Themen kümmern.